

# Laute Kritik der Parteien am Regions- und Wirtschaftszentrum Oberwallis

Das Regions- und Wirtschaftszentrum Oberwallis entwickelt ein Oberwalliser Zukunftsbild. Und sorgt so bei den politischen Parteien für Irritationen.

Armin Bregy

Wie sehen die Oberwalliserinnen und Oberwalliser ihre Zukunft? Wo liegen die grossen Herausforderungen, wo finden sich Lösungen für diese? Welche Werte sind uns wichtig und – vor allem – was für ein Oberwallis wollen wir eigentlich?

Mit diesen Fragen beschäftigt sich derzeit intensiv das Regions- und Wirtschaftszentrum Oberwallis (RWO). Es will eine Zukunftsvision für das Oberwallis entwerfen und hat dafür eine Bevölkerungsbefragung durchgeführt und eine «Zukunftswerkstatt» lanciert. Diese stiess jedoch auf wenig Interesse. Weil sich zu wenig Leute meldeten, musste der erste Anlass abgesagt werden. Tamar Hosennen, Geschäftsleiterin des RWO, kommentierte: «Ein Ringkühkampf ist für viele spannender als ein Workshop über Zukunftsvisionen.» Ein erstes Anzeichen für Resignation? Zumindest ein erster Dämpfer für ein ambitioniertes Projekt.

Positiver fiel die Bilanz zur Bevölkerungsumfrage aus. Die Rücklaufquote sei überwältigend gewesen, hiess es, zudem falle sie bemerkenswert repräsentativ aus. Nahezu 2000 Personen aus 62 Gemeinden hätten teilgenommen. Das RWO geht davon aus, dass auch die verschiedenen Meinungen angemessen ab-

gebildet sind. Dies ist wichtig, da die Daten der Befragung Grundlage für das «Oberwalliser Zukunftsbild» sein sollen.

Doch die Aussagekraft der Ende September präsentierten Ergebnisse wird nun von den politischen Parteien infrage gestellt. Sogar arg. So teilt die SVP Oberwallis auf Anfrage mit: «Die Umfrage ist weder repräsentativ noch wissenschaftlich.» Die «Zukunftsstudie» sei ein teurer Papiertiger ohne Wirkung und ohne Mehrwert für die Oberwalliser Bevölkerung.

Dicke Post an die Adresse des RWO. Was steckt dahinter?

## Wie modern ist das Oberwallis?

In der Tat waren die Resultate der Bevölkerungsbefragung zumindest teilweise überraschend. Als grösste Herausforderung wird der Klimawandel betrachtet, was nachvollziehbar ist: In den Bergregionen sind die Auswirkungen der steigenden Temperaturen besonders ausgeprägt. Das Management von Trink- und Wasserwasser wird zunehmend komplexer und Naturgefahrenereignisse wie Murgänge oder Gletscherabbrüche häufen sich.

Auch dass der Fachkräftemangel, die Verknappung des Wohnraums und die Gesundheitsversorgung die Oberwalliser stark beschäftigt, erstaunt nicht.

Vielleicht schon eher, dass die Gleichstellung und die Stärkung der Frauen im Ranking der dringenden Wünsche weit vorne liegen. Oder dass Kategorien wie «Tourismus» und «Tradition» unter ferner liefen rangiert sind. «Mehr Konservatismus» wurde am seltensten gewählt.

So bilanziert das RWO: «Die Bevölkerung will ein moderneres Oberwallis.» Und weiter: «Das Überraschende an den Ergebnissen sind vielleicht nicht so sehr die Rankings, sondern die Tatsache, dass man davon in der Politik so wenig hört. Man sieht,

«Sinn und Zweck dieses ideologischen Zukunftsbildes sind mir unklar.»

Romano Amacker  
Präsident SVPO

dass manche lauten Stimmen im Oberwallis die Bedürfnisse der Bevölkerung noch zu wenig kennen.» Man müsse sich die Frage stellen, inwiefern die Parteien und politischen Strukturen die Bevölkerung überhaupt noch repräsentieren.

Dicke Post an die Adresse der Oberwalliser Parteien.

## RWO legt Daten nicht offen

Die Repräsentativität der Befragung sei gewährleistet, sagt das RWO, auch wenn im Vergleich zu ihren Anteilen an der Bevölkerung überproportional viele Personen teilgenommen hätten, die sich dem linksliberalen Spektrum zuordnen. Unterrepräsentiert seien dagegen Personen, die sich der SVP und der CSPO zugehörig fühlen. Die genauen Angaben zur Parteienrepräsentativität wollte das RWO nicht mitteilen. Geschäftsleiterin Tamar Hosennen erklärt: «Die Aussagekraft zu politischer Zugehörigkeit war nicht gegeben, da mehr als die Hälfte sich zu keiner Partei zugehörig fühlte oder keine Aussage machen konnte. Weil der Unsicherheitsfaktor so gross war, haben wir auch keine Aussagen aus den Daten lesen können.»

Insbesondere die SVPO äussert daher scharfe Kritik am Projekt. Präsident Romano Amacker sagt: «Sinn und Zweck dieses ideologischen Zu-

kunftsbildes sind mir unklar. Gemäss den Verantwortlichen haben primär linke und liberale Kreise an der Umfrage teilgenommen – doch das Oberwallis ist politisch weder links noch liberal. Das Oberwallis wählt überwiegend bürgerlich.»

Über 60 Prozent der Oberwalliserinnen und Oberwalliser hätten Nein zum CO<sub>2</sub>-Gesetz gesagt, ebenso zum Vaterschaftsurlaub oder zum Verbot von Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung. «Damit folgte die Oberwalliser Bevölkerung den Parolen der SVPO und setzte damit auf Bewährtes und Beständigkeit», zeigt sich Amacker überzeugt. «Wer denkt, dass ein linksliberales Zukunftsbild die Ansichten der Oberwalliser Bevölkerung abbildet, der irrt sich. Das Oberwallis ist bürgerlich, tritt ein für einen schlanken Staat, attraktive Rahmenbedingungen und Eigenverantwortung.» Ausschlaggebend seien die Resultate an der Urne und nicht irgendwelche Umfragen, sagt Romano Amacker.

Auch die FDP äussert sich kritisch zur Interpretation der Ergebnisse. Die Oberwalliser Bevölkerung sei ein sehr stolzes Volk und sehr stark mit ihren Traditionen verbunden. «Das musste das RWO selber zur Kenntnis nehmen, da der Ringkühkampf anscheinend spannender war als ein Work-

shop über Zukunftsvisionen», so Nicole Luggen, Präsidentin der FDPO. Trotzdem sei die Umfrage eine gute Momentaufnahme. «Allerdings ist sie mit Vorsicht zu geniessen, schliesslich stellt das RWO selber fest, dass vor allem linksliberal eingestellte Personen die Umfrage ausgefüllt haben.» Die Aufgabe der Politik sei es nun, die Ergebnisse für die eigene Partei auszuwerten und diese dann auch umzusetzen.

Als Frau freue es sie, wenn die Gleichstellung und die Stärkung der Frauen einer der dringenden Wünsche der Oberwalliser sei. Dass die Parteien an der Bevölkerung vorbeipolitisierten würden, glaubt Luggen jedoch nicht. «Ich bin überzeugt, dass die Politik die Bedürfnisse der Bevölkerung sehr wohl kennt», sagt die Vizepräsidentin der kantonalen FDP.

## Überraschte Biner, erstaunte Schöpfer

Ähnlich äussert sich «Die Mitte Oberwallis». Präsidentin Franziska Biner sagt, dass sie Hosennens Bemerkung zu den politischen Parteien überrascht habe. «Anscheinend befasst sie sich nicht mit der Politik der Mitte Oberwallis. Gerade die Grossratsfraktion der Mitte Oberwallis hat zu den Themen wie Gleichstellung oder Klimawandel zahlreiche Vorstösse eingereicht. Und unsere beiden Bun-





Auf der Suche nach der «Oberwalliser Zukunft». Tamar Hosennen, Geschäftsführerin der RWO AG.

Bild: pomona.media/Alain Amherd

desparlamentarier haben in der September-Session im Schnellzug ein Paket mit konkreten Projekten zur Energiewende durchs Parlament gebracht.»

Zudem könne man nicht sagen, dass mehr Konservatismus bedeute, dass Frauen weniger unterstützt werden. Diese Behauptung sei falsch. «Der Fachkräftemangel und die gesellschaftlichen Entwicklungen zeigen, wie wichtig eine gezielte Unterstützung der Frauen ist, zum Beispiel der Ausbau der Kita-Angebote. In der Mitte Oberwallis politisieren starke Frauen. Schauen Sie einmal, wie viele Frauen bei uns in Schlüsselrollen sind», sagt Franziska Biner.

Das Oberwalliser Zukunftsbild, das das RWO erarbeite, sei sinnvoll, es sei zu begrüßen, dass man sich einmal grundsätzliche Überlegungen mache und Neuerungen anstosse. Entscheidend sei jedoch, dass nicht ein «Papiertiger» produziert werde.

Auch für die CSPO sind die eher liberalen und progressiven Ergebnisse der Befragung erstaunlich. Parteipräsidentin Marie-Claude Schöpfer sagt: «Ich teile die Ansicht, dass die Ergebnisse, obschon sie durchaus eine zukunftsweisende Signalwirkung haben dürften, mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht repräsentativ für die Gesamtheit der Oberwalliser Bevölkerung sind. Ich nehme an, dass die allgemei-

ne Tendenz, dass Personen, die politisch von der Mitte bis links situiert sind, eher an solchen Umfragen teilnehmen, im vorliegenden Fall übermässig stark spielte.» Dies zeige sich insbesondere mit Blick auf die gelebten Traditionen im Oberwallis. Diese hätten nach wie vor einen hohen Stellenwert in der Gesellschaft. Auch dass das Oberwallis selten mit dem Tourismus verbunden werde, empfinde sie als erstaunlich, denn dieser Sektor generiere eine ansehnliche Wertschöpfung, insbesondere in den Seitentälern und in den Des-

## «Soziale Fragen werden mehrheitlich immer noch konservativ umgesetzt.»

Marie-Claude Schöpfer  
Präsidentin CSPO

tionen. Vielleicht sei jedoch der Tourismus in der Talebene, dem Wohn- und Lebensraum der meisten Menschen im Oberwallis, zu wenig alltagsprä-

Marie-Claude Schöpfer ist überzeugt, dass mit mehr Gleichstellung ein gewinnbringender Mehrwert geschaffen werden könnte. Sie sei jedoch überrascht, dass ein Grossteil der Oberwalliserinnen und Oberwalliser diesen Wunsch im Ranking weit vorne setzen würde. «Ich gehe davon aus, dass entscheidende Anteile der Bevölkerung in der Umfrage unterrepräsentiert sind. In diese Richtung weist die Tatsache, dass sich wählerstarke Oberwalliser Parteien auf gesellschaftspolitischer Ebene zu einem rechtskonservativen Kurs bekennen», argumentiert die Präsidentin der Gelben. Soziale Fragen würden auf dem politischen Parkett immer noch mehrheitlich konservativ umgesetzt.

### Die Linken, die Grünen und die Feindbilder

Die Linken und Grünen sind über die Ergebnisse erfreut. Und gleichwohl ein wenig erstaunt. Aaron Heinzmann ist Präsident der Oberwalliser Grünen. Er sagt: «Meine persönliche Wahrnehmung ist, dass in der Öffentlichkeit Traditionen und Bräuche stark präsent sind und sich viele auch

über diese identifizieren.» Die Klimaerwärmung werde inzwischen von der grossen Mehrheit der Bevölkerung als Problem angesehen, das sei begrüssenswert. Was nun folgen müsse, seien schnellere und stärkere Massnahmen. «Und vor allem müssen wir uns fragen, wie viel brauchen wir, um ein zufriedenes Leben in Würde zu führen?», so Heinzmann. Grundsätzlich seien die Grünen von den Resultaten positiv überrascht. Die Gleichstellung und Stärkung der Frau sei für die Partei seit ihrer Gründung ein Kernanliegen. «Es ist zudem zentral, dass die Oberwalliser Queer-Community respektiert und deren Anliegen ernst genommen werden», sagt Aaron Heinzmann.

Die Ergebnisse der Studie seien sehr spannend, sie müssten jedoch mit Vorsicht genossen werden. «Grundsätzlich bestätigt die Studie meine Wahrnehmung, dass rechtsbürgerliche Politiker sich zu wenig um die drängendsten Probleme der Oberwalliser Bevölkerung kümmern. Stattdessen bedienen sie Feindbilder wie die städtischen Deutschschweizer Kantone, die sich gegen das Wallis verschworen haben.»

Claudia Alpiger, Co-Präsidentin der SPO, ist überrascht, wie stark sich die Aussagen der befragten Bevölkerung von

der Wahrnehmung, die sie im politischen Alltag erlebe, unterscheiden. «Umso spannender ist zu sehen, dass die Wahrnehmung der Bevölkerung nicht mehr entsprechend eine andere zu sein scheint: Die Bevölkerung denkt in vielen Fragen offener und progressiver», sagt sie. Obwohl die Umfrageteilnehmenden nicht als repräsentativ für die Oberwalliser Bevölkerung betrachtet werden könnten, sei die Diskrepanz zwischen der vorherrschenden Politik und der Bevölkerungsmehrheit durchaus beachtlich und ernst zu nehmen. Sie habe oft

## «Die Ergebnisse, wie sie nun vorliegen, sind meines Erachtens leider kaum brauchbar.»

Claudia Alpiger  
Co-Präsidentin SPO

das Gefühl, dass die konservativ geprägte Politik der bürgerlichen Parteien im Oberwallis den Bedürfnissen der Bevölkerung nicht mehr entspreche. Dies zeige sich auch an Abstimmungsergebnissen, die insbesondere in gesellschaftspolitischen Themen oft progressiver ausfallen, als es die bürgerlichen Parteien in ihren Parolen vorgeben.

Alpiger sagt aber auch, dass eine Gewichtung der Ergebnisse nötig gewesen wäre. «Nur mit repräsentativen Ergebnissen können wir richtige Schlüsse auf die gesamte Oberwalliser Bevölkerung ziehen und dies entsprechend auch in die Politik einbringen. Die Ergebnisse, wie sie nun vorliegen, sind meines Erachtens leider kaum brauchbar.»

Erneut dicke Post. Wieder an die Adresse des RWO.

### Und nun?

Das RWO sieht sich selbst nicht als politischen Akteur. Die Vorschläge und Erkenntnisse würden lediglich an die verschiedenen Akteure weitergegeben. Dort werde der reguläre politische Prozess greifen müssen, so Hosennen. Die Geschäftsleiterin und das RWO wollen nun den Dialog mit den Parteien suchen. Er ist notwendig. Ende November wollen sich die Parteispitzen und das RWO treffen.